

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
180 · Ausgabe Region Bern · Februar 2019



«Köniz ist eine Brücke zwischen Stadt und Land und hat eine gewisse Vorbildfunktion im Kanton Bern»»»

VOR GUT EINEM JAHR WURDE ANNEMARIE BERLINGER ZUR GEMEINDEPRÄSIDENTIN VON KÖNIZ GEWÄHLT. IM INTERVIEW BLICHT SIE AUF IHR ERSTES AMTSJAHR ZURÜCK UND SPRICHT ÜBER DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT. Interview: Manuel Schranz

Annemarie, du bist jetzt seit einem Jahr Gemeindepräsidentin der Gemeinde Köniz. Wie sieht eine erste Bilanz dieses Jahres aus?

Es war für mich ein intensives, vielseitiges und positives Jahr. Ich machte viele neue Erfahrungen, hatte viele bereichernde Begegnungen und habe viel erlebt.

Wie schafft es Köniz in Zukunft, weiter attraktiv für Unternehmen und Bevölkerung zu bleiben?

Mir ist es sehr wichtig, dass sich Köniz zukunftsgerichtet weiterentwickeln kann, ohne seinen Charme und seinen eigenständigen Charakter zu verlieren. Köniz ist eine sehr vielseitige Gemeinde, ich denke, es ist ein bewusster Entscheid, ob ein Mensch in einem ländlichen oder einem urbanen Ortsteil lebt. Entsprechend unterschiedlich werden Themen wie innere Verdichtung oder öffentlicher Verkehr beurteilt.

Das dürfen wir nicht ausser Acht lassen. Wir treffen zwar unmittelbare Entscheide, doch die nächste und übernächste Generation soll nicht dafür büssen müssen, nur damit wir im Moment gut dastehen. Ich denke hier gerade an die finanzielle Situation von Köniz.

Ist das Gemeindepräsidium das schwierigste politische Amt, weil man der Bevölkerung am nächsten ist und diese die Resultate der politischen Arbeit hautnah miterlebt? Was begeistert dich an deiner Funktion?

Ich war 12 Jahre im Parlament, war Parlamentspräsidentin und Fraktionschefin. Der Wechsel in die Exekutive war daher ein folgerichtiger Schritt. Ein grosser Teil meiner Arbeit ist Führungsarbeit – auf ganz verschiedenen Stufen: Ich leite die wöchentlichen Sitzungen des Gemeinderats, ich führe die Direktion Präsidiales und Finanzen. Dazu kommen unterschiedlichste Repräsentationsaufgaben, sei dies der Empfang einer ausländischen Delegation, der Besuch bei einer 100-jährigen oder das Grusswort bei einem Sportverein.

Diese grosse Vielfalt entspricht mir – sie fordert mich aber auch. Das rasche Wechseln zwischen den Themen und Ebenen ist anspruchsvoll. Eine «ruhige» Stunde am Schreibtisch ist eine Seltenheit. Der gestalterische Teil ist zurzeit noch eher gering, ich habe ja eine gut funktionierende Verwaltung übernommen und beginne nicht bei null. Es ist für mich deshalb wenig überraschend, dass sich meine Entscheide im ersten Jahr aufs Machbare und nicht aufs Wünschbare ausrichteten. Die Zeit, wo ich Akzente setzen werde, die wird kommen.

Das Thema Fusion ist in aller Munde – Bern und Ostermündigen haben angekündigt, dass sie als nächsten Schritt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben wollen. Warum will Köniz da nicht mitmachen?

In Ostermündigen leben auf einer Fläche von 6 km² weniger als 20 000 Menschen, Köniz hat über 40 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf 51 km². Köniz kann und darf nicht mit Ostermündigen verglichen werden. Flächenmässig ist Köniz praktisch gleich gross wie die Stadt Bern, diese hat aber mehr als dreimal so viele Einwohnerinnen und Einwohner. Köniz ist Stadt und Land zugleich. Der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen Ortsteilen sind herausfordernd, funktionieren aber sehr gut. Insofern ist Köniz eine Brücke zwischen Stadt und Land und hat eine gewisse Vorbildfunktion im Kanton Bern. Die Ortsteile verfügen – auch historisch bedingt – über eine eigene Identität und bilden einen aktiven Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens von Köniz.

Bevölkerungsmässig ist Köniz die dreizehntgrösste Gemeinde der Schweiz. Auch geografisch haben wir eine gute Grösse, um selbständig unbürokratische und professionelle Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Wo es Sinn macht, arbeitet Köniz heute schon intensiv mit der Stadt Bern und weiteren Regionsgemeinden zusammen. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit soll weiter ausgebaut werden – dies ist übrigens auch ein Legislaturziel.

Basisdemokratie statt Unterwerfung unter den politischen Alltag



UM UNS DER UNTERWERFUNG UNTER DAS POLITISCHE ALLTAGSGESCHÄFT ZU ENTZIEHEN, HABEN WIR IN DER JUSO DEN ENTSCHEIDUNGSPROZESS UMGEDREHT – UND IDEEN FÜR UNSER NÄCHSTES PROJEKT MAL AUSSCHLIESSLICH DURCH BASISMITGLIEDER EINBRINGEN LASSEN.

Eine oft gehörte Parole bei SP, JUSO und weiteren Linken ist: «Sie haben die Millionen, wir haben die Menschen.» Mit Blick auf unsere Budgets, aber auch mit Blick auf das Engagement von Hunderten unserer Mitglieder bei Wahl- und Abstimmungskämpfen kann man wohl durchaus davon ausgehen, dass diese Aussage stimmt. Die Rolle vieler Mitglieder ist jedoch oftmals darauf beschränkt, Vorgegebenes auszuführen – denn es gibt ja auch genug zu tun... Unterschriften wollen gesammelt und Wähler*innen angerufen werden, Flyer kann man immer verteilen und die Einbindung von Neumitgliedern soll ja auch nicht zu kurz kommen. Die Inhalte sind dabei jedoch oft vorgegeben – definiert durch parlamentarische Geschäftsgänge, die Fraktionen oder Parteileitungen und Vorstände.

Das fanden wir in der JUSO Bern sehr schade – denn wie oben ausgeführt, sind es die Mitglieder, die unsere Partei ausmachen. Mitglieder mit guten Ideen und grossartigen Vorstellungen, wie sie die Welt und

die Region Bern verändern möchten. Wir starteten also einen Aufruf an alle Mitglieder, Kampagnenvorschläge, Projekte und Ideen einzubringen, welche sie mit der JUSO gerne verwirklichen möchten. Der Vorstand brachte dabei bewusst keine eigenen Projekte ein, wollten wir doch das Ergebnis wirklich den Mitgliedern überlassen und einzig bei der Umsetzung mit unserer Erfahrung zur Seite stehen.

Durch dieses Vorgehen konnten wir gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits konnten wir so ein Projekt bestimmen, bei welchem wir sicher sind, dass unsere Mitglieder Lust haben, bei der Umsetzung mitzuwirken. Andererseits wurden unsere Mitglieder durch diesen Prozess noch mehr als sonst dazu gezwungen, zu reflektieren, was sie denn genau in unserer Welt verändern möchten. Und wir sind überzeugt, dass genau diese Reflexion in Zukunft helfen wird, unsere eigenen Standpunkte noch besser vertreten zu können – weil wir noch einmal besser wissen, wie wir sie überhaupt vertreten.



Beni Stückelberger,
Vorstandsmitglied JUSO
Stadt Bern

Ausgewählt wurde dann das Projekt eines 14-jährigen Neumitglieds.

Im Bewusstsein, dass ein solcher Prozess etwas Zeit brauchen würde, entschlossen wir uns dazu, zuerst der Ideenentwicklung genug Raum zu geben. In einem ersten Schritt veranstalteten wir an einer unserer Versammlungen ein Brainstorming in Kleingruppen. Dort wurden zahlreiche Themen eingebracht: Kindererziehung, Einbürgerungen, umweltfreundliches Autofahren, bessere Sichtbarmachung von sexueller Gewalt und viele weitere. In einer zweiten Phase forderten wir alle Mitglieder auf, die Projekte in Gruppen oder alleine genauer auszuformulieren. Denn für eine gute Entscheidung mussten wir ja auch eine genaue Entscheidungsgrundlage haben. In einem dritten Schritt beschlossen wir, an einer weiteren Versammlung über die eingereichten Projekte zu entscheiden – ausgewählt wurde dann dasjenige eines 14-jährigen Neumitglieds.

Wir sind überzeugt, dass ein solches Vorgehen eine gute Möglichkeit ist, den eigenen Mitgliedern auch mal mehr das Heft in die Hand zu geben. Wir sind sehr zufrieden mit dem Prozess, welcher uns auf jeden Fall weitergebracht hat. Wieso nicht auch mal in der eigenen SP-Sektion ein solches Vorgehen probieren? Aus unserer Sicht gibt es damit viel zu gewinnen!

Mehr und besser bauen

DIE STADT BERN WILL IM NÄCHSTEN VIERTELJAHRHUNDERT JÄHRLICH RUND 118 MIO. FRANKEN AUSGEBEN, UM DEN INVESTITIONSRÜCKSTAND BEI IHREN GEBÄUDEN AUFZUHOLEN. DIE HÄLFTE DAVON BETRIFFT SCHULRAUM, DER IMMER NOCH KNAPP IST. DAZU EIN GESPRÄCH MIT STADTBAUMEISTER THOMAS PFLUGER UND SCHULAMT-LEITERIN IRÈNE HÄNSENBERGER. Interview: Marieke Kruit, Stadträtin



Irène Hänsenberger Thomas Pfluger

Warum dieser Rückstand bei Unterhalt und Neubauten in Bern?

Thomas Pfluger: Das hat vor allem strukturelle Gründe: Bis zum Jahr 2000 waren die Gebäude bei den verschiedenen Direktionen angesiedelt, die oft viel zu wenig für deren Unterhalt aufwandten. Mit der Gründung von Stadtbauten Bern verbesserte sich die Situation schrittweise. Doch eine externe Studie zeigte grossen Handlungsbedarf. Vor gut drei Jahren entschied der Gemeinderat, jährlich 88 Mio. für Instandsetzung, Hindernisfreiheit und Brandschutz einzusetzen sowie jedes Jahr weitere 30 Mio. für Neubauten oder Erweiterungen.

Irène Hänsenberger: Wir brauchen mehr Schulraum. Zum einen, weil Bern wächst und damit auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler, zum anderen, weil es für eine gute Ausbildung zeitgemässen Schulraum braucht. Also neben den Klassenzimmern auch Gruppenräume, Zimmer für die Logopädie, Arbeitsplätze für Lehrpersonen oder Platz für die Tagesschule.

Wo braucht es denn zusätzlichen Schulraum?

Hänsenberger: Wir haben drei Hotspots, wo je ein grosses Schulhaus in Planung ist: Das Schulhaus auf der Goumoënsmatte im Quartier Mattenhof-Weissenbühl, das Schulhaus im Wyssloch sowie die neue Schulanlage im Viererfeld. Dazu kommen in den nächsten Jahren Sanierungen der Schulhäuser im Westen.

Was macht es so schwierig, den Bedarf an Schulraum zu planen?

Hänsenberger: Es genügt nicht, die Geburtenzahlen zu nehmen und anzunehmen,

dass dies vier Jahre später die Kinderzahlen im Kindergarten sind. In bestimmten Quartieren etwa bleiben die Familien in relativ kleinen Wohnungen. In anderen entstehen grössere Familienwohnungen, für die wir Annahmen treffen mussten, wie viele Kinder mit den entsprechenden Familien nach Bern zügeln. Es hängt also vom Verhalten der Eltern ab, das nie genau vorhersagbar ist.

Wieso nicht einfach flexibel einsetzbare Modulbauten?

Pfluger: Bisher setzten wir für 11 Klassenzimmer auf Module, 24 weitere sind im Westen von Bern geplant. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen vorfabrizierten Gebäuden in Elementbauweise und modularen Gebäuden. Elementbauten beschränken sich nicht auf Provisorien und brauchen häufig Anpassungen an ihren Standort. Damit sind sie nicht wesentlich günstiger als normale Neubauten.

Hänsenberger: Die Koordinationsgruppe Schulraumplanung überprüft laufend, ab wann der Anstieg der Schülerzahlen rückläufig wird. Damit die Stadt nicht zu viel definitiven Schulraum baut, sondern mit Modulbauten reagieren könnte. Ein solcher Rückgang ist heute allerdings noch nicht abzusehen.

Wird der Stadtbaumeister angesichts der überwältigenden Zustimmung zu Baukrediten nicht fast übermütig?

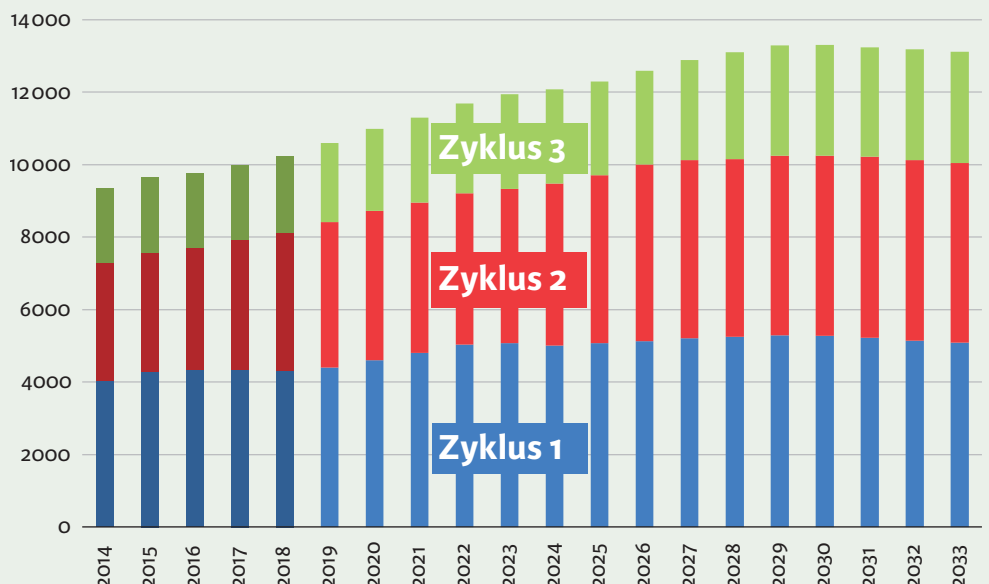
Pfluger: Natürlich freuen mich diese Abstimmungsergebnisse. Allerdings ging es meist um Schulhäuser mit offensichtlichem Bedarf. Aber wir hoffen doch, dass wir in nächster Zeit auch Mehrheiten für die Eis- und Wasseranlagen erhalten: den Bueber, das Lorrainebad, die Eis- und Wasseranlage Weyermannshaus und nicht zuletzt die neue 50-Meter-Schwimmhalle. Ausserdem soll der Werkhof im Forsthaus durch einen Neubau ersetzt werden. Um es klar zu sagen: Grösser bauen, der Grösse wegen, ist kein Ziel. Wir wollen besser bauen, als nachhaltige Investition.

Verschuldet sich die Stadt mit diesen Vorhaben massiv und wie trennt man das Nötige vom Wünschbaren?

Pfluger: Das hohe Investitionsvolumen wird die Stadtkasse über erhöhte Abschreibungen und Zinskosten belasten. Der Gemeinderat hat dazu bereits Massnahmen getroffen, wie die Verwendung von Rechnungsüberschüssen in zwei investitionspezifischen Spezialfinanzierungen und die Verschiebung von Projekten.

Weitere Anstrengungen sind jedoch nötig, damit der Selbstfinanzierungsgrad der geplanten Investitionen verbessert werden kann. Um das Nötige vom Wünschbaren zu trennen, wird jede Bestellung kritisch hinterfragt und das Kostensenkungspotenzial geprüft.

Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Stadt Bern



Leitlinien für Gemeindefusionen in der Region Bern

An der Delegiertenversammlung vom 14. Januar hat sich die SP Stadt Bern mit dem Thema Gemeindefusionen befasst. Dabei haben die Delegierten fünf Thesen diskutiert und verabschiedet, die als Leitlinien bei Fusionen der Stadt Bern mit Nachbargemeinden dienen sollen. Diese betreffen den Service public, die Anstellungsbedingungen, die Mitwirkungsmöglichkeiten der BürgerInnen, Verdichtung und soziale Durchmischung sowie die Rolle des Kantons im Fusionsprozess. Werden diese Leitlinien berücksichtigt, steht die SP Stadt Bern der Fusion mit Agglomerationsgemeinden grundsätzlich positiv gegenüber.

THESEN ZUR AUSGESTALTUNG VON GEMEINDEFUSIONEN

Präambel

Die SP der Stadt Bern begrüsst es grundsätzlich, wenn Agglomerationsgemeinden mit der Stadt Bern fusionieren wollen. Das Ziel muss sein, aus einer in vielen Lebensbereichen zusammengewachsenen Region einen politisch und wirtschaftlich einheitlichen Raum zu schaffen, welcher an Handlungsspielraum und an Gewicht gegenüber Bund und Kanton gewinnt. Dabei soll das politische Handeln und Wirken von sozialer und ökologischer Verantwortung sowie gesellschaftlicher Offenheit geleitet und geprägt sein. Durch das Zusammengehen wird eine breitere und umfassendere Beteiligung

inkl. e-democracy möglich, das Entwicklungspotenzial der Stadtregion wird steigen und die Stadtregion als Wirtschaftsstandort gestärkt.

1. Die Stadt Bern bietet gute Dienstleistungen für alle an

Die öffentlichen Dienstleistungen (Verwaltung, Schulen, Betreuungsangebote für Kinder und Betagte, Infrastrukturen etc.) müssen nach einer Fusion für alle BewohnerInnen in gleicher Qualität und mindestens auf dem bisherigen Stand gewährleistet sein. Bei Reformen im Zuge von Fusionen gilt das Prinzip: Angleichung nach oben. Neuerungen bei Verwaltung und städtischen Dienstleistungen haben stets zum Ziel, den Service public auszubauen, ohne die unteren und mittleren Einkommenschichten zusätzlich zu belasten.

2. Die Stadt Bern ist und bleibt eine soziale Arbeitgeberin

Die Arbeitsbedingungen für das Personal dürfen sich nicht verschlechtern, und die Sozialpartner sind am Fusionsprozess beteiligt. Die heute in der Stadt Bern geltenden Arbeitsbedingungen und Löhne für die Angestellten im öffentlichen oder halböffentlichen Dienst sind für alle garantiert.

3. Die Stadt Bern stärkt die Mitwirkungsmöglichkeiten ihrer BürgerInnen

In allen Stadtteilen sind geeignete Gefässe der

Partizipation und des sozialen Austausches zu schaffen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten werden gestärkt, und die demokratische Mitbestimmung der Stadtteile mit den Quartierkommissionen wird reformiert und mit echten Kompetenzen ausgestattet.

4. Die Stadt Bern wächst nachhaltig mit Verdichtung, hoher Lebensqualität und sozialer Durchmischung

Die kommunalen Planungen und Bauvorschriften müssen energetisch nachhaltige, verdichtete, durchmischte und verkehrsreduzierte Siedlungsformen fördern und den MIV konsequent reduzieren. In der Wohnbau- und Siedlungspolitik ist die soziale Durchmischung oberstes Ziel. Es gilt, eine Ghettoisierung nach Einkommensklassen und Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

5. Die Stadt Bern ist wirtschaftlich und finanziell gestärkt

Der Kanton beteiligt sich an den Kosten des Fusionsprojekts und unterstützt bei Bedarf mit Finanzhilfen die Sanierung vernachlässigter Infrastrukturen (Schulraum, Sportanlagen, Strassen usw.) in den fusionswilligen Gemeinden. Zudem bietet er bei Bedarf Hand, die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen den Erfordernissen und Bedürfnissen der Fusionsgemeinden anzupassen. Eine Fusion soll den Wirtschaftsstandort Bern stärken.



MERCI, LENA!

Anfang Jahr trat Lena Sorg nach drei Jahren als Co-Präsidentin der SP/JUSO-Fraktion im Stadtrat zurück. Der Entscheid erfolgte aufgrund der hohen zeitlichen Belastung, die das Fraktionspräsidium mit sich bringt, sowie aus Gründen der Vereinbarkeit mit Beruf und Familie. Die Fraktion bedauert den Entscheid. Sie dankt Lena herzlich für ihr grosses Engagement und freut sich, im Stadtparlament weiterhin auf die erfahrene und engagierte Politikerin zählen zu können. Marieke Kruit (Präsidentin) und Peter Marbet (Vizepräsident) wurden im Präsidium bestätigt und werden der Fraktion zukünftig zu zweit vorstehen.



WAHLEN 2019

Die Geschäftsleitung der SP Bern-Mittelland hat David Stampfli für die Nationalratswahlen 2019 nachnominiert. Mit dem 36-jährigen Historiker aus Bern wird die letzte Linie auf der SP-Männerliste besetzt. David arbeitet als geschäftsführender Parteisekretär der SP Kanton Bern und gehört seit 2017 dem Grossen Rat an. Die anderen 21 Kandidierenden aus der Region wurden bereits am Parteitag vom 28. November nominiert und in der letzten Ausgabe des RegioLinks vorgestellt. Die definitive Nomination aller Berner Nationalratskandidatinnen und -kandidaten erfolgt am Parteitag der SP Kanton Bern vom 20. März 2019.